

Bildungs- und Hochschulpolitik: „Junge Menschen müssen gehört werden“

By [Tessie Jakobs](#) | 2019-01-10 | [Thema](#)

Seit Jahresbeginn hat die Unel (Union nationale des étudiant-e-s du Luxembourg) eine neue Zusammensetzung. Die woxx hat mit der frischgebackenen Sprecherin, Vicky Reichling, über das Praktikumsgesetz, Wohnraum für Studierende und politischen Aktivismus gesprochen.



Vicky Reichling ist Sprecherin der Unel und studiert zurzeit Physiotherapie in Eindhoven. (Foto: © Vicky Reichling)

woxx: Im letzten Jahr ließ die Unel vor allem mit Kritik am Praktikumsgesetz von sich hören. Werden Sie weiterhin an dem Thema dranbleiben?

Vicky Reichling: An dem Gesetz kritisieren wir nach wie vor, dass für Pflichtpraktika keine und für fakultative Praktika nur eine geringe Bezahlung vorgesehen ist. Bachelor- oder Masterabsolventen und -absolventinnen bekommen zurzeit bei einem Praktikum von ein bis drei Monaten ein Drittel vom nicht qualifizierten Mindestlohn, das sind ungefähr 600 Euro und das reicht einfach nicht. Dass sie bereits über eine Qualifikation verfügen, wird also gar nicht berücksichtigt. Diese Praktikanten und Praktikantinnen haben unserer Meinung nach ein Anrecht auf die Hälfte des qualifizierten Mindestlohns. Ab einer Praktikumsdauer von mehr als drei Monaten sollte man zwei Drittel des qualifizierten Mindestlohns erhalten. Andernfalls riskiert man in die Prekarität abzurutschen. Nicht jeder hat das Privileg, von seiner Familie eine finanzielle Unterstützung zu erhalten. Was ebenfalls im Gesetzesentwurf fehlt, ist ein vorgeschriebenes Monitoring, durch welches die Qualität der Praktika

gewährleistet werden könnte, sowie die Notwendigkeit, im Praktikum einen Tutor zur Seite gestellt zu bekommen. Wir fordern zudem, dass Praktika als Probezeit angerechnet werden können. Das wird im Gesetz zurzeit nicht erwähnt. Wir hoffen, dass der neue Arbeitsminister, Dan Kersch, alle Akteure um einen Tisch versammeln wird. Das ist bisher nämlich nicht passiert, Nicolas Schmit hat einzig das Input der Acel [Association des cercles d'étudiants luxembourgeois; Anm. d. Red.] berücksichtigt.

Warum glauben Sie, sind Ihre Forderungen bisher nicht stärker berücksichtigt worden?

Ich glaube, Minister Schmit war der Ansicht, Studierende zur Genüge einbezogen zu haben, nachdem er mit der Acel gesprochen hatte. Doch er hat neben uns auch andere Akteure, wie beispielsweise Gewerkschaften, nicht gehört. Als uns das bewusst geworden ist, sind wir dazu übergegangen, die Öffentlichkeit über das Gesetz und die damit einhergehenden Probleme zu informieren.

Die Unel hat sich für dieses Jahr aber noch weitere Arbeitsschwerpunkte gesetzt. Was sind die jeweiligen Forderungen?

Wir wollen dafür sorgen, dass Studierenden ausreichend erschwingliche Wohnungen zur Verfügung stehen und sie nicht gezwungen sind, in die Grenzregionen zu ziehen. Die Uni stellt Wohnungen zur Verfügung und da ist es unsere Aufgabe zu überprüfen, ob die Anzahl ausreicht und die Mieten nicht zu hoch sind. Wir werden in diesem Punkt mit der neuen Studierendendelegation der Uni Luxemburg zusammenarbeiten. Es muss hierzulande aber auch unbedingt leichter werden, WGs zu gründen. Viele weigern sich, an Studierende zu vermieten. Letztere wiederum können es sich nicht unbedingt leisten, eine Kautions von 3.000, 4.000 Euro zu hinterlegen, und zusätzlich die Immobilienagentur zu bezahlen. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist das Fach „Vie et société“. Hier geht es uns darum, zu begutachten, wie der Aspekt „Medienbildung“ umgesetzt wird. Uns interessiert besonders, inwiefern in dem Fach kritisches Denken gefördert wird. Wir wollen in diesem Punkt mit der Cnel [Conférence nationale des élèves du Luxembourg; Anm. d. Red.] zusammenarbeiten. Momentan haben wir noch keine konkreten Kritikpunkte, uns geht es erst einmal darum, eine Bestandsaufnahme zu machen. Das Fach besteht ja erst seit dem Schuljahresbeginn 2017 und mittlerweile hatten die Zuständigen Zeit, sich ein wenig einzuarbeiten. Wir wollen uns auch mit dem Zentrum für politisches Bildung treffen, um zu sehen, ob die Möglichkeit besteht, dass von deren Seite Weiterbildungen für Lehrkräfte angeboten werden und wie wir dabei behilflich sein können.

Die Unel ist aber auch international aktiv?

Das stimmt, wir sind die einzige europäische Organisation, die sowohl die Interessen von Schülern und Schülerinnen als auch von Studierenden

international vertritt. Wir sind Mitglied der Esu, der European Student Union, und der Obessu, dem Dachverband für Schüler und Schülerinnen in Europa. Beim Punkt Internationales werfen wir einen genauen Blick darauf, wie der Bologna-Prozess in Luxemburg implementiert wird.



Foto: Unel

In einem rezenten Presseschreiben hat die Unel angekündigt, ihre externe und interne Kommunikation verbessern zu wollen. Was ist damit genau gemeint?

Wir hoffen, dass 2019 das Jahr der guten Zusammenarbeit wird. Um die Interessen der Schüler, Schülerinnen und Studierenden angemessen vertreten zu können, sehen wir es aber natürlich weiterhin als unsere Aufgabe, auch hin und wieder Kritik zu üben. Mit interner Kommunikation meinen wir vor allem die Weitergabe von Wissen. Das ist vor allem wichtig in Bezug auf Schüler und Schülerinnen, die im Gegensatz zu den Studierenden noch nicht so lange in der Unel aktiv sind. Ein Mittel, um eine bessere Kommunikation zu fördern, ist zum Beispiel ein Dokument mit dem Titel „How To: Unel“, das wir zurzeit fertigstellen. Zusätzlich dazu haben wir ein „Buddy-System“, um neu hinzugekommene Mitglieder besser betreuen zu können, und veranstalten öffentliche Stammtische und einmal im Monat eine „Réunion mensuelle“.

Hat die Unel bestimmte Verfahren, um neue Mitglieder anzuwerben?

Eine unserer Aufgaben besteht darin, zu informieren. Menschen darüber hinaus zu mobilisieren, ist aber ziemlich schwer. Ich glaube, das ist auf ein verbreitetes Phänomen zurückzuführen: In dem Moment, wo sich ein Gesetz auf dem Instanzenweg befindet, sehen viele noch keinen Handlungsbedarf. Ist das Gesetz aber verabschiedet, ist es zu spät. Aus diesem Grund ist es wichtig zu verstehen, inwiefern politische Entscheidungen einen selbst und die Mitmenschen beeinflussen, und zu lernen, wie wichtig es ist, Dinge zu hinterfragen und sich rechtzeitig einzubringen. Die Personen, die wir für die Unel begeistern können, sind meist solche, die ohnehin schon politisch aktiv sind. Die meisten anderen schrecken davor zurück, einer politischen Organisation beizutreten, die noch dazu keine Party veranstaltet. Das wiederum ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass politisches und kritisches Denken in der Sekundarstufe nicht ausreichend gefördert wird.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Dass junge Menschen gefragt und gehört werden, wenn es um Gesetze geht, die sie direkt betreffen. Die Politik muss außerdem viel stärker mit Schüler-, Studierenden- und Lehrgewerkschaften zusammenarbeiten. Darüber hinaus wünschen wir uns Gesetze, die die Bedürfnisse von Jugendlichen berücksichtigen und sie nicht in eine prekäre Situation bringen. Wir begrüßen es, dass nun einige junge Menschen in der Chamber vertreten sind und erhoffen uns, dass diese zusätzliche Perspektive für frischen Wind sorgt. Ohne direkten Kontakt zu bestimmten Bevölkerungsgruppen rutscht man in eine Blase, in der diese Menschen nur noch auf statistische Zahlen reduziert werden. Deshalb ist es wichtig, die Beziehung zur Basis zu pflegen.